

**Tagungsbericht: Rechtsextremismusforschung –
aktuelle Tendenzen empirischer Untersuchungen¹**

27.-29. August 2003, Hamburger Institut für Sozialforschung

organisiert von Andreas Klärner

Zusammenfassung: Auf dieser Veranstaltung wurden neuere, vor allem empirische Forschungsarbeiten zu Rechtsextremismus in Deutschland vorgestellt und diskutiert. Während einige Beiträge politische Strategien und sich modernisierende Organisationsformen örtlicher Neo-Nazi-Szenen, politischer Eliten und der rechten Musikbranche fokussierten, stand bei anderen biographische Betrachtungen der individuellen Entwicklung rechtsextremer Jugendlichen im Vordergrund. Studien zu kommunalen Kontexten und Bedingungen von rechtsextremen Handlungen wurden ergänzt durch Umfrageergebnisse zu rechtsextremen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Neben inhaltlichen Diskussionen bot das Symposium die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch über ethische und methodologische Herausforderungen des qualitativ-empirischen Forschens in einem gefährlichen Feld.

Keywords: *Rechtsextremismus, soziale Bewegungen, Jugendkultur, peer-Gruppen, Gewalt, Sozialisation, politische Einstellungen, politische Ideologien, Kommunalpolitik*

1. Einleitung
2. Rechtsextremismus – (k)eine gemeinsame Definition in Sicht?
3. Modernisierung rechtsextremer Organisationsformen
4. Individuelle Wege zum Rechtsextremismus – biographische Ansätze
5. Die politische Dimension rechtsextremer Gewalttaten
6. Die Kommune als unmittelbarer Kontext des gelebten Rechtsextremismus
7. Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung
8. Probleme des empirischen Zugangs zum Feld
9. Resümee: Vielfalt der Forschung als Herausforderung und weitere Perspektiven

Zur Autorin

Zitation

1. Einleitung

Vom 27. – 29.8.2003 fand am Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS) das Symposium "Rechtsextremismusforschung – aktuelle Tendenzen empirischer Untersuchungen" statt. Ziel der Veranstaltung war es, eine Bestandsaufnahme der aktuellen Forschungsarbeiten insbesondere jüngerer WissenschaftlerInnen vorzunehmen und einen Rahmen für die Diskussion dieser Forschungsergebnisse und ihrer Thesen anzubieten. [1]

Die etwa 25 Teilnehmenden kamen aus den Disziplinen der Politikwissenschaft, Soziologie, Pädagogik, Psychologie und europäischen Ethnologie. Während der drei Tage wurde in den Beiträgen zum einen theoretisch-konzeptionelle Überlegungen zum Thema Rechtsextremismus dargeboten, zum anderen – und dies waren die überwiegende Mehrzahl der Impulsreferate und Kommentare – wurden eigene empirische Projekte präsentiert, die unterschiedliche Aspekte beleuchteten: Organisationen und politische Eliten, biographische Hintergründe einzelner

¹ Ein kürzerer Bericht über diese Tagung ist bereits in der Zeitschrift *Mittelweg* 36, Oktober/November 2003, S. 89-90, erschienen.

Gewalttäter und weiblicher Szenemitglieder, Auswirkungen im kommunalen Kontext und mögliche Gegenstrategien sowie rechtsextreme Einstellungen in der breiten Bevölkerung. [2]

2. Rechtsextremismus – (k)eine gemeinsame Definition in Sicht?

Bereits bei Thomas PFEIFFERs (Düsseldorf) Vortrag zum unterschiedlichen Rechtsextremismus-Verständnis in der Wissenschaft und beim Verfassungsschutz wurden die Bandbreite rechtsextremer Einstellungen und Handlungen, die vielen Facetten rechtsextremer Ideologien und die damit verbundene Herausforderung deutlich, eine klar abgegrenzte Rechtsextremismusdefinition zu entwickeln. [3]

Streitpunkte auch während der gesamten Veranstaltung blieben u.a. die Fragen, ob Akzeptanz und Ausübung von Gewalt, das strategische politische Agieren gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und welche Ideologieelemente notwendig zum Definitionskern des Rechtsextremismus zu zählen sind. [4]

3. Modernisierung rechtsextremer Organisationsformen

Bei den vorgestellten empirischen Untersuchungen konzentrierten sich mehrere Beiträge auf politisch-strategisch handelnde Akteursgruppen als bestimmende Teile einer rechtsextremen sozialen Bewegung. So beleuchtete Andreas KLÄRNER (Hamburg) in seiner Feldstudie in einer ostdeutschen Stadt den Wandel lokaler politischer Handlungsstrukturen der dortigen neonazistischen Szene, deren vielfältige Protest- und Aktionsformen zunehmend auf Gewaltlosigkeit setzen und sich auch Themen wie etwa einem "nationalen" Jugendzentrum widmen. Neuere Tendenzen in der Demonstrationspolitik der neonazistischen Eliten, insbesondere der NPD, zeichnete Fabian VIRCHOW (Kiel) nach. Bei der Organisation und Inszenierung solcher öffentlicher Artikulationsmöglichkeiten würde bewusst auf deren Innen- und Außenwirkungen wie z.B. die Initiationsfunktion für junge Einsteiger und die Zurschaustellung von Macht gegenüber staatlichen und politischen Gegnern gesetzt. Henning FLAD (Frankfurt/O.) schilderte den Wandel des Unternehmertums in der rechtsextremen Musikbranche und seine Funktion für die rechtsextreme Jugendkultur als Organisationselite bei der Verbreitung von Ideologie und ästhetischer Symbolik. Er berichtete von einer Ausdifferenzierung des Personenkreises der (halb-) professionellen Unternehmer und deren zunehmenden ideologischen Verortung in der Szene selbst. [5]

Als gemeinsames Motiv dieser Beiträge tauchte insbesondere folgende Feststellung auf: Bei Beibehaltung der Radikalität der ideologischen Inhalte (u.a. Nationalismus, Minderheitenfeindlichkeit, Verherrlichung der NS-Diktatur) erlernt und übernimmt die rechtsextreme Szene moderne Organisationsformen und Kommunikationsstile, wie sie auch für andere neue soziale und politische Bewegungen bzw. Jugendkulturen typisch sind. Ob diese Modernisierung als Zivilisierungspotenzial und Gefahrverminderung zu bewerten ist, war unter den Teilnehmenden des Symposiums nicht nur angesichts nicht versiegender Gewaltexzesse aus dem Umfeld der Szene heraus umstritten. Der Anschluss an einen politischen, im Falle der Musikbranche kulturellen und ökonomischen Mainstream bleibe auch durch erfolgte oder drohende Organisationsverbote und die kontinuierliche Konfrontation mit staatlichen Verfolgungsbehörden und politischer Gegnerschaft wie der Antifa versperrt. [6]

4. Individuelle Wege zum Rechtsextremismus – biographische Ansätze

Einen Gegenpol zu diesen Untersuchungen über Organisationen und Strukturen auf der Mesoebene bildeten mehrere Beiträge, bei denen sich das Erkenntnisinteresse eher auf die Ebene der Individuen richtete und die in ihrer empirischen Herangehensweise biographisch-narrativen Methoden einsetzten: Das Zusammenspiel verschiedener Ursachen für rechtsextreme Gewalttaten männlicher Jugendlicher untersuchten sowohl Christine WIEZOREK (Halle) als auch Stefan HECKEL (Dortmund) mit ihren Analysen der Lebensgeschichten einzelner straffällig ge-

wordener junger Männer. Dabei setzten sie unterschiedliche Akzente auf biographisch-familiale Dispositionen (wie z.B. Gewalt als legitimes Kommunikationsmittel und Kriminalitätskarrieren in der Familie) respektive eine verschärfte Adoleszenzkrise, die durch Anerkennungsverluste (längere Arbeitslosigkeit) vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Umwälzungen durch die Wiedervereinigung akzentuiert werde. [7]

Michaela KÖTTIG (Kassel) wies in ihrer Projektvorstellung zu Handlungs- und Orientierungsmustern "national denkender" Mädchen und junger Frauen auf eine weitere Dimension hin, die sich als ein wichtiger Teil der persönlichen Entwicklungspfade herausgestellt habe: die subjektiv rekonstruierte Familiengeschichte (z.B. die Stilisierung der Großväter zu NS-Helden). Für Erklärungen des "Hereinrutschens" in rechtsextrem orientierte Milieus wurde schließlich durchgängig die Bedeutsamkeit der Peer-Group-Zugehörigkeit und -Dynamik unterstrichen, wie sie Uta DÖRING (Berlin) mit ihrer Feldstudie zu alltäglichen Erlebniswelten und Vergemeinschaftungsprozessen innerhalb rechtsextremer Cliques in Brandenburg veranschaulichte. [8]

5. Die politische Dimension rechtsextremer Gewalttaten

Gerade in den Diskussionen der Beiträge, in denen biographische Ansätze gewählt worden waren, war und blieb ein besonderer Streitpunkt, ob rechtsextreme Gewalttaten als politisch motiviert zu betrachten seien. Diese Frage hatte bereits Mathias BRODKORB (Rostock) aufgeworfen, der in seinem Theorie-Beitrag für einen breiten, auch Erziehung umfassenden Aristotelischen Politikbegriff plädierte, den er mit einem modernen, auf das staatliche Gewaltmonopol und den Parlamentarismus konzentrierten Verständnis kontrastierte. Auch wenn es normativ geboten sein mag, eine politische Verantwortung für das Heranwachsen von Rechtsextremisten bei privaten wie öffentlichen Sozialisationsinstanzen zu sehen, wurde doch hartnäckig zurückgefragt, was das Politische an als rechtsextrem eingestuftem Gewalttaten sei, wenn bei den Einzeltätern kaum eine strategisch-politische Motivation oder gar kohärente Ideologie zu erkennen sei. [9]

Die in der Diskussion geäußerte Meinung, die Aneignung fremdenfeindlicher Einstellungen und neonazistischer Symbole sowie die als typisch rechtsextrem angesehene "Auswahl" der Opfer körperlicher Attacken seien ein eher zufällig gewähltes Mittel für allgemeine Abgrenzungs- und Protestbedürfnisse dieser Jugendlichen, blieb nicht unwidersprochen. Es wurde für einen theoretischen Brückenschlag zwischen individueller Ausgangslage und gesellschaftlichen Gelegenheitsstrukturen geworben. Einen einfachen, ungebrochenen Einfluss von öffentlichen (deutschlandweiten) Debatten in Politik und Medien mit einem Tenor à la "Der Zuzug von Flüchtlingen und Zuwanderern muss begrenzt werden!" auf das konkrete Handeln einzelner Rechtsextremer sei aber wiederum auch schwer nachzuweisen. [10]

6. Die Kommune als unmittelbarer Kontext des gelebten Rechtsextremismus

An die Stelle rechtsextremer Einzeltäter oder Ideologie-Anhänger selbst traten bei einer Reihe weiterer Vorträge die konkreten kommunalen Kontexte als Erklärungsmoment für rechtsextreme Handlungen und als Ansatz zivilgesellschaftlicher Gegenstrategien in den Vordergrund. So führte Claudia LUZAR (Berlin) in ihrer Studie zur Perspektive der Opfer rassistisch motivierter Gewalttaten aus, wie sich die Verarbeitung dieser Angriffe in der nachfolgenden Interaktion mit dem kommunalen Umfeld vollzieht. Kriterien für Erfolg versprechende zivilgesellschaftliche Strategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit arbeitete Jana KLEMM (Bielefeld) bei der Gegenüberstellung zweier ostdeutscher Kommunen heraus. In ihrem kontrastierenden Vergleich zweier baden-württembergischer Wähler-Hochburgen der Republikaner unterstrich Sonja KOCK (Bielefeld) ebenfalls die Bedeutsamkeit der lokalen politischen Kultur, insbesondere sichtbar in der historischen Entwicklung der örtlichen Parteienlandschaft und Presse. [11]

Ob in den jeweiligen lokalen Gegebenheiten rechtsextreme Gewalttaten oder auch die Wahl rechtsextremer Parteien als Demokratie gefährdend skandalisiert und angegangen werden

können, hänge im Wesentlichen von dem Zusammenspiel oder Gegeneinander der Akteursgruppen aus der Kommunalpolitik, der Polizei, den lokalen und überregionalen Medien sowie zivilgesellschaftlichen Initiativen vor Ort ab. [12]

7. Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung

Wiederholt wurde in verschiedenen Beiträgen und Kommentaren thematisiert, inwieweit rechtsextreme Bestrebungen und Taten anschlussfähig an oder bedingt durch Haltungen in der deutschen Mehrheitsgesellschaft seien, die sich nur graduell von rechtsextremem Gedankengut unterscheiden. So bot Oliver DECKERS (Leipzig) Vorstellung eines repräsentativen (medizinsoziologischen) Surveys der Universität Leipzig eine angemessene Ergänzung: Diese Erhebung konnte mit einem Fragemodul zu rechtsextremen Einstellungen deren Verbreitung in größeren Bevölkerungsgruppen aufzeigen. Zwar wurde Kritik an der Operationalisierung des Konstrukts Rechtsextremismus geäußert und die Angemessenheit einzelner Fragenformulierung zu Teildimensionen wie der Ausländerfeindlichkeit angezweifelt. Auch blieb ein (nicht ausdiskutiertes) Moment der Irritation, dass die Teildimension Antisemitismus als ein klassisches Mitglied der rechtsextremen "Ideologiefamilie" auch in anderen politischen Lagern – Teilen der Linken wie des radikalen Islams – prominent sein kann. Überdeutlich wurde aber mit Blick auf die hohen Zustimmungswerte bei Senioren (im Gegensatz zu jungen Befragten) und auch nicht unwesentlich bei Personen mit Präferenzen für die großen Volksparteien, dass Rechtsextremismusforschung nicht auf politisch agierende Bewegungseliten oder aber gewalttätige Jugendliche verengt werden kann. [13]

Der fließende Übergang von rechtsextremen zu rechtskonservativen Einstellungen, wie er für die intellektuelle Neue Rechte typisch erscheint, wurde schließlich auch in Oliver GEDENS (Berlin) Vortrag zu Männlichkeitsdiskursen in der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) deutlich, so in der Forderung nach Retraditionalisierung der Geschlechterrollen und in der Selbststilisierung von Männern als Diskriminierte und Opfer übertriebener weiblicher Emanzipation. [14]

8. Probleme des empirischen Zugangs zum Feld

Einen gewichtigen Teil der Abschlussrunde des Symposiums nahm ein Austausch der TeilnehmerInnen zu ethischen und methodologischen Problemen des qualitativ-empirischen Forschens in einem so gefährlichen Feld wie der (gewaltbereiten) rechtsextremen Szene ein. – Hierbei schien die Grundvoraussetzung für eine befürchtete Gefährdung der eigenen Person zu sein, dass es den Erforschten letztlich (spätestens bei der Veröffentlichung der Ergebnisse) kaum verborgen bleiben kann, dass die Forschenden selbst rechtsextreme Ideologie und Gewalt politisch ablehnen. – So sei eine teilnehmende Beobachtung in den inneren Zirkeln rechtsextremer Milieus kaum möglich. Allein auf deren schriftliche Selbstdarstellungen oder auf Äußerungen beobachtender Dritter (wie der örtlichen Antifa oder GewerkschaftlerInnen) zurückzugreifen, sei aber wissenschaftlich nur bedingt befriedigend. Die Kontaktaufnahme unter falschem Namen oder einem Vorwand und die Verwertung so gewonnener Erkenntnisse stieß zumindest teilweise auf ethische Bedenken. – Wie ist es zu vertreten, von Befragten "unverstellte" Antworten bekommen zu wollen, wenn dies nur durch "Betrug" seitens der Forschenden zu erreichen ist? – Allerdings kann eine zu ehrliche und präzise Offenlegung des Forschungsinteresses eventuell zu einer Verweigerung jeglicher Auskunft führen. [15]

Bei erfolgten Interviews mit leicht lokalisierbarem Führungspersonal oder publik gewordenen Gewalttätern ließe sich das allgemeine Gebot und das abgegebene Versprechen der Anonymisierung von Befragungspersonen kaum realisieren. Schließlich wurde noch auf die in qualitativer Forschung insgesamt, hier aber verschärft auftretende Schwierigkeit hingewiesen, dass eine kommunikative Validierung der Ergebnisse im Nachhinein, d.h. die Konfrontation der Interpretation der Interviews durch den Wissenschaftler mit der Sichtweise der Betroffenen, eine für die ForscherInnen schwer zu nehmende Hürde bleibt. [16]

9. Resümee: Vielfalt der Forschung als Herausforderung und weitere Perspektiven

Das Ziel der Veranstaltung, gegenwärtige empirische Forschung im Feld des Rechtsextremismus zu präsentieren, wurde besonders hinsichtlich der beeindruckenden Spannweite der (auch disziplinär) unterschiedlichen empirischen Zugänge erreicht. So zeigten die Beiträge, dass bei der Erforschung rechtsextremistischer Phänomene unterschiedliche Ansätze aus der Jugend- und Gewaltforschung, Bewegungs- und Jugendsoziologie, Kriminologie, Geschlechterforschung, Psychologie und Pädagogik nutzbar gemacht werden. Andererseits kann angesichts dieser Vielfalt der Ansätze und der Breite des empirischen Gegenstandes bei einer Zusammenschau der Forschungsergebnisse zunehmend unklar werden, über welches Phänomen genau gesprochen wird. So wurde auch in der Abschlussdiskussion dafür geworben, zurückhaltender mit allgemeinen Aussagen über Entwicklung und Ursachen "des" Rechtsextremismus umzugehen und stattdessen präziser zu differenzieren, zu welchem Teilbereich (Personengruppe, Handlungstypen und Einstellungsdimensionen) Ergebnisse vorgelegt wurden. [17]

Die meisten der vorgestellten Projekte konzentrierten sich auf Deutschland bzw. waren teils noch kleinräumiger auf die detailgenaue Analyse regionaler und kommunaler Kontexte zugeschnitten. Eine mögliche Begründung, warum neuere international vergleichende Studien (z.B. MINKENBERG) bei den Vortragenden kaum rezipiert wurden, mag sein, dass ihnen der Fokus jener Forschung auf Parteien für die eigene Fragestellung weniger relevant erscheint (auch vor dem Hintergrund, dass ein wissenschaftlicher Beitrag zur Fortentwicklung politischer und pädagogischer Interventionsstrategien gegen rechtsextreme Missstände "vor der eigenen Haustür" besonders dringlich erscheint). So spannend die vorgenommenen Differenzierungen – gerade bei komparativen Ansätzen – waren, so blieb in der wissenschaftlichen Analyse eine systematischere Berücksichtigung der (möglichen) Besonderheiten des nationalstaatlichen Kontextes eher unterbelichtet. Zum Beispiel könnte der Umgang mit Nationalismus im Land der Täter sowie die strafrechtliche Sanktionierung nazistischer Äußerungen und Symbole zu eventuell unbeabsichtigten Wechselwirkungen führen, wie einem *verstärkten* Reiz für Rechtsextreme, Tabus zu brechen und inhaftierte Mitstreiter als Märtyrer zu stilisieren. Insofern wäre es für die weitere Forschung wünschenswert, in der Theoriebildung wie in der Empirie die deutschen Landesgrenzen stärker mitzudenken und über sie hinauszublicken. [18]

Zum gesamten Verlauf der Veranstaltung sei schließlich angemerkt, dass diese Veranstaltung des Hamburger Instituts für Sozialforschung einen angenehmen und anregenden Rahmen für intensive wie kontroverse Diskussionen schuf, in denen die Bandbreite an Argumenten und Gegen-Argumenten der Rechtsextremismus-Debatte sowie die Erfahrungen im Feldzugang ausgetauscht werden konnten. Bezüglich der vorgestellten Projekte ist besonders positiv hervorzuheben, dass hier gerade jüngeren WissenschaftlerInnen die Gelegenheit gegeben wurde, ihre Qualifikationsarbeiten einem Fachpublikum aus *peers* und schon lange im Feld tätigen Forschern präsentieren und zur Diskussion stellen zu können. Für Folgeveranstaltungen (wie generell auf Veranstaltungen mit Hauptreferaten und Kommentaren) wäre allerdings wünschenswert, wenn Kommentare ihre Funktion der kritischen Würdigung des Hauptbeitrages wahrnehmen würden, anstatt wie auch auf der Hamburger Tagung in einigen Fällen, für die Vorstellung eigener Arbeiten zu nutzen, mit der Konsequenz, dass einzelne Beiträge weniger intensiv diskutiert wurden als andere. [19]

Informationen über das Symposium und zu den TeilnehmerInnen sind über presse@his-online.de zu erhalten. [20]

Zur Autorin

Janina SÖHN ist Diplom-Soziologin und arbeitet derzeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI) am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Migration und Integrationsprozesse in Zuwanderungsgesellschaften sowie Fragen der staatsbürgerliche Inklusion.

Kontakt:

Dipl.-Soz. Janina Söhn

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

E-Mail: soehn@wz-berlin.de

URL: <http://www.wz-berlin.de/zkd/aki/staff/soehn.de.htm>

Zitation

Bitte zitieren Sie diesen Beitrag wie folgt (und zusätzliche Absatznummern, wenn notwendig):

Söhn, Janina (2003, Dezember). Tagungsbericht: Rechtsextremismusforschung – aktuelle Tendenzen empirischer Untersuchungen [20 Absätze]. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research* [On-line Journal], 5(1), Art. 21. Verfügbar über: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/1-04/1-04tagung-soehn-d.htm> [Zugriff: Tag, Monat, Jahr].